

Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965, das jedem Jugendlichen eine allseitige Bildung gewährleistet. Ausdruck der besonderen Sorge der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates für die junge Generation ist der Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. März 1967 „Jugend und Sozialismus“, in dem die zehn Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik festgelegt und begründet werden. Sie sind von der Erkenntnis getragen, „daß die Zukunft des Sozialismus in Deutschland wesentlich von den Leistungen und den Fähigkeiten der gegenwärtigen jungen Generation geprägt werden wird.“²

Die im Absatz 3 enthaltenen Verfassungsbestimmungen orientieren auf die Fortführung und Weiterentwicklung der kontinuierlichen Jugendpolitik der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Ziel, die Jugendlichen zu allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten heranzubilden. In den zehn Grundsätzen der sozialistischen Jugendpolitik ist dieses Ziel näher Umrissen. Hier wird an erster Stelle gefordert, „die Erziehung und Selbsterziehung der Jugend so zu gestalten, daß sie selbständiges Denken und schöpferisches Arbeiten für den Sozialismus mit der Liebe zu ihrem sozialistischen Vaterland vereint, unsere souveräne sozialistische Deutsche Demokratische Republik stärkt und verteidigt, sich mit Herz und Verstand zur Freundschaft mit der Sowjetunion und zum proletarischen Internationalismus bekennt.“ Nur die Einheit von klassenmäßiger Erziehung, weltanschaulicher und fachwissenschaftlicher Bildung gewährleistet die Erreichung dieses Zieles. Deshalb sind die jungen Menschen frühzeitig mit den Aufgaben des sozialistischen Aufbau« vertraut zu machen und in alle Tätigkeiten der Gesellschaft einzubeziehen. Echte Förderung der Jugend bedeutet nicht Bequem-machen, sondern die rechtzeitige Einbeziehung der Jugend in die Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben, in die Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Gegner, in die Überwindung der Hemmnisse, die sich dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegen-

2 „Aus den Schlußbemerkungen zur Diskussion“, Walter Ulbricht, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Grundsätze unserer sozialistischen Jugendpolitik, Schriftenreihe des Staatsrates der DDR, Nr. 1, Berlin 1967, S. 66.